

Informationspflicht gemäß DSGVO

A Verantwortliche Stelle

1. Name oder Firma der verantwortlichen Stelle

Wohnungsbaugenossenschaft Ilmenau/Thüringen e.G. (WBG)

2. Vorstände

Peter Sattler, Dorit Held

3. Anschrift

Krankenhausstraße 1b, 98693 Ilmenau

4. Datenschutzbeauftragter

Dipl.-Jur. Karsten Böhm
Privacy One GmbH

Email: datenschutz@wbg-ilmenau.de

B. Mietinteressenten

Wir verarbeiten je nach Art der Anmietung (*Wohnungen bzw. Gewerberäume*) folgende personenbezogene Daten:

1. Kategorien

Wohnungen

Daten Wohnungsinteressent

(Name, Vorname; Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort; sowie Kommunikationsdaten (Telefon, Mobiltelefon, E-Mail); Dokumentation über die Vorlage des Personalausweises oder Reisepasses uns gegenüber; ggf. Angaben zu einem Wohnberechtigungsscheines nebst Angaben zur genehmigten Wohnfläche und Anzahl der Wohnräume)

Soweit Sie erklären, ein bestimmtes Mietobjekt anmieten zu wollen, werden wir folgende weitere personenbezogene Daten verarbeiten:

- Anzahl der einziehenden Personen und darüber, ob es sich um Kinder und/oder Erwachsene handelt;
- Angabe, ob ein eröffnetes und noch nicht abgeschlossenes Verbraucherinsolvenzverfahren besteht;
- Angaben zu abgegebenen Vermögensauskünften im Zeitraum der letzten zwei Jahre; bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch Angaben nach Einsicht in das Schuldnerverzeichnis;
- Angaben zu Räumungstiteln wegen Mietrückständen, wenn bzgl. eines bestehenden Wohnraummietprozesses mit anderen Vermietern die Zwangsräumung wegen Mietrückständen droht;
- Angaben, ob in den letzten fünf Jahren Räumungsklagen wegen Mietrückständen eingeleitet oder durchgeführt sowie das Verfahren nach einem Räumungstitel abgeschlossen wurde;

- *Beruf, Arbeitgeber;*
- *Höhe des Nettoeinkommens sowie des Betrages der nach Abzug der laufenden monatlichen Belastungen für die Tilgung der Miete zur Verfügung steht, ohne Abfrage der Forderungsgründe, diese Angaben allerdings nicht, soweit die Mietzahlungen von einer öffentlichen Stelle übernommen und direkt an uns geleistet werden;*
- *beabsichtigte Haltung von Haustieren (ausgenommen Kleintiere);*

Soweit wir uns für Sie als künftige/n Mieterin/Mieter entscheiden (*erstplatziert*), werden wir folgende weitere personenbezogene Daten verarbeiten:

- *Angaben zur Erfüllung mietvertraglicher Pflichten, soweit diese Aufschluss über Ihre Zahlungsfähigkeit geben;*
- *bzgl. des Nachweises Ihrer Bonität wählen Sie bitte zwischen den Möglichkeiten uns*
 - *Quittungen über Mietzahlungen an den Vorvermieter (§ 368 BGB),*
 - *geschwärzte Kontoauszüge in Verbindung mit dem bisherigen Mietvertrag*
oder
 - *eine Vorvermieterbescheinigung vorzulegen.*

Die Vorlage einer Vorvermieterbescheinigung ist freiwillig. Möchten der Mietinteressent diese Bescheinigung nicht vorlegen oder möchte der Vorvermieter diese nicht ausfüllen, hat die Nichtvorlage keine nachteiligen Folgen im Rahmen der Wohnungsvergabe. Aus der genossenschaftlichen Treuepflicht ist der Mietinteressent jedoch verpflichtet, seine Bonität anderweitig nachzuweisen.

- *Angaben aus Abfragen von Bonitätsauskünften bei Auskunfteien, soweit uns noch keine ausreichenden Informationen über Ihre Bonität vorliegen und die Voraussetzungen einer gesetzlichen Vorschrift (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) oder lit. f) DSGVO) erfüllt sind;*

Details zur Wohnung

(Lage, Adresse, Flächenangaben, Ausstattungsmerkmale, gewünschter Mietbeginn, weitere Angaben zu angefragten Optionen); bei Angabe, maximale Gültigkeitsdauer des Anmietungsgesuchs)

Gewerberäume

Unternehmensdaten

(Firma/Unternehmen, Rechtsform, Branche, Firmensitz, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Gründungsdatum, Handelsregistereintrag, Inhaber/Gesellschafter, Geschäftsführer), Stammdaten Geschäftsführer/Inhaber (Vorname, Name, Anschrift, Geburtsdatum);

Soweit Sie erklären, ein bestimmtes Mietobjekt anmieten zu wollen bzw. wir uns für Sie als künftige/n Mieterin/Mieter entscheiden, werden wir folgende weitere personenbezogene Daten verarbeiten:

- Nachweis über Bonität des Unternehmens, Informationen von Auskunfteien, Steuerinformationen (Steuernummer, USt-Id., steuerlicher Status - Umsatzsteueroption), Auskünfte zur Eigentümerstruktur des Unternehmens, Besitzverhältnisse /Beteiligungen an Firmen; Legitimationsdaten.

Behörden als Mietinteressent

Behördendaten

(Behörde, Behördensitz, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Behördenleiter), Stammdaten Behördenleiter bzw. sachbearbeitender Mitarbeiter (Vorname, Name, Dienstanschrift);

sowie Kommunikationsdaten

(Telefon, Mobiltelefon, E-Mail);

Details zum Gewerbeobjekt

(Lage, Adresse, Flächenangaben, gewünschter Mietbeginn, weitere Angaben zu angefragten Optionen); Art der Nutzungsabsicht; bei Angabe, maximale Gültigkeitsdauer des Anmietungsgesuchs.

2. Zweck und Rechtsgrundlage

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der Durchführung eines Mietbewerbungsverfahrens, um über die Vergabe des Mietobjektes zu entscheiden, an deren Anmietung Sie interessiert sind und um Besichtigungstermine durchzuführen. Eventuell werden Daten an Handwerker, Architekten, Planer, Visualisierer für die Erstellung von Gutachten bzw. Kostenvoranschlägen für gewünschte Umbauten, zur Entscheidungsfindung Ihrerseits, übergeben.

Ihre Daten dienen dazu, sämtliche Interessen festzustellen, die beidseitig für einen Mietvertragsabschluss relevant sind. Ferner nutzen wir die Daten, um Sie bei Nachfragen zu kontaktieren und über die Entscheidung der Vermietung zu informieren. Sofern wir uns für Sie als künftige/n Mieterin/Mieter entscheiden, verwenden wir die Daten, um den Mietvertrag vorzubereiten und das Mietverhältnis durchzuführen. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. b) DSGVO.

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten, über die Dauer des Vermietungsprozesses hinaus, aufgrund gesetzlicher Vorgaben, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO, wie Aufbewahrungsfristen nach HGB, AO u.a. Weiter unterliegen wir beispielsweise rechtlichen Verpflichtungen aus dem Geldwäschegesetz. Der Zweck dieser Verarbeitung ist Betrugs- und Geldwäscheprävention.

Einzelne Verarbeitungen stützen wir auf unser berechtigtes Interesse nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO.

Im Rahmen der Anbahnung eines Gewerbemietverhältnisses, werden Kontaktdaten von Ansprechpartnern benötigt. Hier speichern wir in der Regel Namen, Firmen-Kontaktdaten von Mitarbeitern der Mietinteressenten gemäß Angaben aus der Firmensignatur sowie den Inhalt der Kommunikation. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Wir speichern die Daten hiernach, soweit und solange es für die Geschäftsbeziehung erforderlich ist. Es können darüber hinaus gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen.

Soweit Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben, führen wir auf dieser Grundlage, unter Nutzung der von Ihnen in der Einwilligung angegebenen Kontaktart, Marketingmaßnahmen für Mietinteressenten zur Vermittlung unserer Vermietungsobjekte durch. Die Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. Falls Sie eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen zuvor nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber vorab informieren.

3. Speicherdauer

Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten:

- nach Ablauf der maximalen Gültigkeitsdauer Ihres allgemeinen Anmietungsgesuchs, soweit Sie diese vorgegeben haben;
- nach 1 Jahr, soweit Sie keine maximale Gültigkeitsdauer für Ihr allgemeines Anmietungsgesuch angegeben haben;
- oder nach 3 Monaten, sobald das Mietbewerbungsverfahren abgeschlossen ist und wir uns nicht für Sie als Mieterin/Mieter entschieden haben oder Sie sich nicht für uns als Vermieter entschieden haben,

es sei denn, dass anderweitige gesetzliche Aufbewahrungspflichten oder gesetzliche Rechtfertigungsgründe für eine längere Aufbewahrungsdauer bestehen.

Datensätze mit personenbezogenen Daten werden teilweise zu unterschiedlichen Zwecken, wie oben benannt, gespeichert. Je nach Zweck können unterschiedliche Aufbewahrungsfristen gelten. Soweit ein Zweck wegfällt, dürfen die Daten hierfür nicht mehr verarbeitet werden. Soweit diese Daten für einen weiteren Zweck zur Verfügung stehen müssen, werden die Daten bezüglich des weggefallenen Zwecks nicht mehr genutzt und gesperrt. Sie stehen dann nur noch für den zulässigen Zweck zur Verfügung.

SCHUFA-Anfragen werden gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 5 Abs. 2 DSGVO, 12 Monate nach Auskunftserteilung vernichtet bzw. gelöscht.

Bei Prüfungen nach dem Geldwäschegesetz werden die Aufzeichnungen und sonstigen Belege gemäß § 8 Abs. 4 GWG nach 5 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Im Falle einer Anmietung werden personenbezogene Daten, nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§ 257 HGB) bzw. der Abgabenordnung (§ 147 AO) nach 6 bzw. 10 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Im Einzelfall stellen wir beim Finanzamt Anträge nach §§ 33, 34 GrStG. Hierzu ist der Nachweis von Vermietungsaktivitäten zu erbringen. Zu diesem Zweck werden einzelne Daten für 10 Jahre ab Erlass des Bescheides aufbewahrt.

4. Empfänger

Teilweise ist es erforderlich, dass einige der oben genannten Daten für die oben bezeichneten Zwecke an folgende Empfänger weitergegeben werden. Zu den Kategorien von Empfängern gehören:

- Handwerker, Architekten, Ingenieure, Visualisierer, Planer, Grafiker und Hausmeister für die Besichtigung und/oder Durchführung von erforderlichen Reparaturen oder vergleichbaren Maßnahmen,
- Versicherungen für den Schadenfall,
- Anwaltskanzleien,
- Auskunftsteien,
- Gerichte,
- Behörden,
- Sicherheitsdienste.

Die Weitergabe an Behörden erfolgt aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen, beispielsweise an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Zentrale Meldestelle zur Verhinderung, Aufdeckung und Unterstützung bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung). Die Weitergabe an Anwaltskanzleien und Gerichte beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO, weil wir ein berechtigtes Interesse an der Durchsetzung unserer Ansprüche bzw. Vertretung zur Anspruchsabwehr haben. Auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO übermitteln wir, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen (Entscheidung seitens des Mietinteressenten für ein bestimmtes Mietobjekt und Entscheidung des Vermieters für einen bestimmten Mietinteressenten), Daten zum Zwecke der Bonitätsprüfung. Die Beurteilung der Bonität kann bei Auskunftsteien auf der Basis von mathematisch-statistischen Analysen, sog. Scoring, durchgeführt werden. Unser Interesse liegt darin künftige Forderungsausfälle und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden.

Die Rechtsgrundlage für die Weitergabe an Sicherheitsdienste ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Unser berechtigtes Interesse besteht in der Sicherung unserer Gebäude.

C. Wohnungsmieter

Wir verarbeiten im Rahmen der Wohnungsanmietung folgende personenbezogene Daten:

1. Kategorien

- **Mieterdaten**
(Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Mieternummer),
- **Kommunikationsdaten**
(E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Fax).
- Nach Bundesmeldegesetz (BMG), Angaben zu weiteren mitwohnenden Personen (Name, Vorname) soweit sie nicht Mietvertragsparteien sind.
- ggf. Angaben bzgl. Jobcenter
- Legitimationsdaten, Bankverbindung, Angaben zur Mietsicherheitsleistung.
- fallbezogen erneute Einholung von Informationen zur Bonität, Daten über Zahlungen, ggf. offene Forderungen sowie Vertragsverstöße.

- Angaben zur gemieteten Wohnung (Adresse, Vertragsbeginn), Angaben zu technischen Werten (*Ausstattung, Zählerständen, Verbräuchen, Flächenangaben, Manipulationskontrolle Messgeräte*).

2. Zweck und Rechtsgrundlage

Wir verarbeiten die folgenden Kategorien personenbezogener Daten zum Zwecke der Durchführung und Abwicklung des Mietvertrages, einschließlich der Bearbeitung Ihrer Anfragen, sowie aller sonstigen mit dem Mietvertrag in Zusammenhang stehenden Sachverhalte. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. b) DSGVO.

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten, über die Erfüllung des Vertrages hinaus, aufgrund gesetzlicher Vorgaben, beispielsweise ergeben sich aus dem Handelsgesetzbuch und Steuergesetzen weitere gesetzliche Verpflichtungen, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO.

Einzelne Verarbeitungen stützen wir auf unser berechtigtes Interesse nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO.

Soweit wir Anfragen von Behörden, Versorgern sowie Netzbetreibern bezüglich Ihrer Mietereigenschaft erhalten, antworten wir im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und aufgrund unseres berechtigten Interesses, nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Soweit es die Fernwärmeversorgung betrifft, kann die Adresse und der Name des Mieters auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO dem Fernwärmeversorger mitgeteilt werden, soweit das Mietobjekt in einem Bereich liegt in dem für eine entsprechende Versorgung Anschlusszwang gegeben ist.

Es ist ebenso unser berechtigtes Interesse, wie im Fall von Mietrückständen, erneut Auskünfte aus weiteren öffentlichen Quellen (z.B. Auskunftsteilen) einzuholen. Wir haben auch ein berechtigtes Interesse auf Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO i.V.m. §§ 882 f, 882 b ZPO.

Eine Einwilligung holen wir ggf. ein, um Ihre Telefonnummer an Handwerker für Reparaturen und Wartungsarbeiten, Messdienstleister für den Einbau von Zählern oder mögliche Interessenten für die Nachvermietung zur Vereinbarung eines Selbstbesichtigungstermins weitergeben zu können. Die Rechtsgrundlage ist in diesen Fällen Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

Soweit Angaben an das Jobcenter übermittelt werden (*Betriebskostendaten*) holen wir hierzu Ihre Einwilligung entsprechend Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. a) DSGVO ein.

Falls Sie eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen zuvor nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber vorab informieren.

3. Speicherdauer

Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Datensätze mit personenbezogenen Daten werden teilweise zu unterschiedlichen Zwecken, wie oben benannt, gespeichert. Je nach Zweck können unterschiedliche Aufbewahrungsfristen gelten. Soweit ein Zweck wegfällt, dürfen die Daten hierfür nicht mehr verarbeitet werden. Soweit diese Daten für einen weiteren

Zweck zur Verfügung stehen müssen, werden die Daten bezüglich des weggefallenen Zwecks nicht mehr genutzt und gesperrt. Sie stehen dann nur noch für den zulässigen Zweck zur Verfügung.

SCHUFA-Anfragen werden gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 5 Abs. 2 DSGVO, 12 Monate nach Auskunftserteilung vernichtet bzw. gelöscht. Daten zur Erstellung der Betriebskostenabrechnung werden nach Ende der Widerspruchsfrist (12 Monate nach Zustellung der Abrechnung) gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO i.V.m. § 556 Abs. 3 S. 4 BGB vernichtet bzw. gelöscht.

Daten, Vermieteransprüche betreffend, vernichten bzw. löschen wir gemäß der gesetzlichen Verjährungsfrist nach §§ 195, 199 BGB nach 3 Jahren.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§ 257 HGB) unterliegen, wie ein großer Teil des Schriftverkehrs, werden nach 6 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften der Abgabenordnung (§ 147 AO) unterliegen, wie Abrechnungen und Buchhaltungsunterlagen, werden nach 10 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Vorgänge mit vollstreckbaren Titeln bewahren wir mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung auf, sofern sich diese nicht vorher erledigt haben (z.B. durch Bezahlung)

4. Empfänger

Teilweise ist es erforderlich, dass einige der oben genannten Daten für die oben bezeichneten Zwecke an folgende Empfänger weitergeleitet werden. Zu den Kategorien von Empfängern zählen:

- Messdienstunternehmen/Ablesedienste zwecks Ausstattung von Messgeräten und Ablesen, Abrechnen bestimmter Betriebs- und Heizkosten, Datenaustausch, Wartung und Reparaturen,
- Versorger/Netzbetreiber,
- Handwerker und Hausmeister zur Durchführung von erforderlichen Reparaturen oder vergleichbaren Maßnahmen,
- Dienstleister von Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen,
- andere Mietparteien im Objekt,
- Versicherungen für den Schadensfall,
- Banken,
- Anwaltskanzleien,
- Auskunftsteien,
- Wirtschaftsprüfungskanzleien,
- Gerichte,
- Behörden,
- Job Center,
- Sicherheitsdienste.

Die Weitergabe an Behörden erfolgt aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen. Beispielsweise sind nach § 19 Bundesmeldegesetz (BMG) Einzug und Auszug jeweils gegenüber der Behörde anzuzeigen. Zweck ist die Erfüllung gesetzlicher Meldepflichten.

Teilweise werden wir Daten, insbesondere Abrechnungsunterlagen, gegenüber anderen Mietern offenlegen, damit wir die Ansprüche anderer Mieter, bei Betriebs-/Nebenkosten-abrechnungen, im Rahmen von Einsichts- und Prüfungsrechten in Originalunterlagen erfüllen können (§§ 535, 556, 259 BGB).

Im Falle eines Mieterhöhungsverlangens nach §§ 558, 558 a Abs. 2 Nr. 4 BGB können 3 einzelne vergleichbare Wohnungen angegeben werden. Es ist unser berechtigtes Interesse diese Möglichkeit im Rahmen eines Mieterhöhungsverlangens zu nutzen, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO.

Die Weitergabe an Anwaltskanzleien und Gerichte beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO, da wir ein berechtigtes Interesse an der Durchsetzung unserer Ansprüche bzw. Vertretung zur Anspruchsabwehr haben.

Auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO übermitteln wir, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten an Auskunftsteien bzw. zur erneuten Einholung von Bonitätsauskünften. Unser Interesse liegt darin Forderungsausfälle und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden bzw. in der Prüfung der Zahlungsfähigkeit unserer Mieter. Die Beurteilung der Bonität kann bei Auskunftsteien auf der Basis von mathematisch-statistischen Analysen, sog. Scoring, durchgeführt werden.

Die Rechtsgrundlage für die Weitergabe an Sicherheitsdienste ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Unser berechtigtes Interesse besteht in der Sicherung unserer Gebäude.

Darüber hinaus erfolgt eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte nicht, es sei denn, dass Sie dieser ausdrücklich zugestimmt haben oder eine rechtliche Verpflichtung besteht.

D. Gewerbemieter

Wir verarbeiten im Rahmen der Gewerbeanmietung folgende personenbezogene Daten:

1. Kategorien

Unternehmens- und personenbezogene Daten

Unternehmensdaten

(Firma/Unternehmen, Rechtsform, Branche, Firmensitz, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Gründungsdatum, Handelsregistereintrag, Gegenstand des Unternehmens, Inhaber/Gesellschafter, Geschäftsführer), Stammdaten Geschäftsführer/Inhaber (Vorname, Name, Anschrift, Geburtsdatum).

Behördendaten

(Behörde, Behördensitz, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Behördenleiter), Stammdaten Behördenleiter bzw. sachbearbeitender Mitarbeiter (Vorname, Name, Dienstanschrift).

Kommunikationsdaten

(Telefon, Mobiltelefon, insbesondere Notrufnummer, E-Mail). Vertragsdaten (z.B. Kundennummer, Vertragsnummer, Informationen zu Sicherheitsleistungen), Bankverbindung.

Angaben zum vermieteten Gewerbeobjekt

(Adresse, Flächenangaben, Vertragsbeginn, weitere Angaben zur Ausstattung).

Legitimationsdaten,

Steuerinformationen

(Steuernummer, USt-Id., steuerlicher Status).

Daten über Zahlungen, ggf. offene Forderungen sowie Vertragsverstöße. Fallbezogen erneute Einholung von Informationen zur Bonität, Auskünfte zur Eigentümerstruktur des Unternehmens, Besitzverhältnisse/Beteiligungen an Firmen.

2. Zweck und Rechtsgrundlage:

Wir verarbeiten die folgenden Kategorien personenbezogener Daten zum Zwecke der Durchführung und Abwicklung des Mietvertrages, einschließlich der Bearbeitung Ihrer Anfragen, sowie aller sonstigen mit dem Mietvertrag in Zusammenhang stehenden Sachverhalte. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. b) DSGVO.

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten, über die Erfüllung des Vertrages hinaus, aufgrund gesetzlicher Vorgaben, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO. Kommen wir den rechtlichen Verpflichtungen aus dem Geldwäschegesetz nach, ist Zweck der Verarbeitung Betrug- und Geldwäscheprävention. Weitere gesetzliche Verpflichtungen ergeben sich aus dem Handelsgesetzbuch und Steuergesetzen.

Einzelne Verarbeitungen stützen wir auf unser berechtigtes Interesse nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Im Rahmen von Geschäftsbeziehungen zwischen Parteien, hier Durchführung des Mietvertrages, werden Kontaktdaten von Ansprechpartnern zur Durchführung des Vertragsverhältnisses benötigt. Hier speichern wir in der Regel Namen, Firmen-Kontaktdaten Ihrer Mitarbeiter gemäß Angaben aus der Firmensignatur sowie den Inhalt der Kommunikation. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Wir speichern die Daten hiernach, soweit und solange es für die Geschäftsbeziehung erforderlich ist. Es können darüber hinaus gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen.

Soweit wir Anfragen von Behörden, Versorgern sowie Netzbetreibern bezüglich Ihrer Mietereigenschaft erhalten, antworten wir im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und aufgrund unseres berechtigten Interesses, nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Es ist ebenso unser berechtigtes Interesse, wie im Fall von Mietrückständen, erneut Auskünfte aus weiteren öffentlichen Quellen (z.B. Auskunfteien) einzuholen. Wir haben auch ein berechtigtes Interesse auf Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO i.V.m. §§ 882 f, 882 b ZPO.

Des Weiteren informieren wir per Post oder Email über ähnliche Immobilienmietobjekte, wie das gemietete Objekt. Dabei verarbeiten wir Ihre Daten aufgrund unseres berechtigten Interesses an der Bewerbung von ähnlichen Mietobjekten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO bei Versand per Post, bei Versand per E-Mail Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO, § 7 Abs. 3 UWG.

Soweit wir eine Einwilligung von Ihnen vorliegen haben, informieren wir Sie auf dieser Grundlage, unter Nutzung der von Ihnen in der Einwilligung angegebenen Kontaktart, über weitere Immobilienobjekte.

Eine Einwilligung holen wir ggf. auch ein, um Ihre Telefonnummer an Handwerker für Reparaturen und Wartungsarbeiten oder mögliche Interessenten für die Nachvermietung zur Vereinbarung eines Selbstbesichtigungstermins weitergeben zu können. Die Rechtsgrundlage ist in diesen Fällen Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

Falls Sie eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen zuvor nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber vorab informieren.

3. Speicherdauer

Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Datensätze mit personenbezogenen Daten werden teilweise zu unterschiedlichen Zwecken, wie oben benannt, gespeichert. Je nach Zweck können unterschiedliche Aufbewahrungsfristen gelten. Soweit ein Zweck wegfällt, dürfen die Daten hierfür nicht mehr verarbeitet werden. Soweit diese Daten für einen weiteren Zweck zur Verfügung stehen müssen, werden die Daten bezüglich des weggefallenen Zwecks nicht mehr genutzt und gesperrt. Sie stehen dann nur noch für den zulässigen Zweck zur Verfügung.

SCHUFA-Anfragen werden gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 5 Abs. 2 DSGVO, 12 Monate nach Auskunftserteilung vernichtet bzw. gelöscht. Daten zur Erstellung der Betriebskostenabrechnung werden nach Ende der Widerspruchsfrist (12 Monate nach Zustellung der Abrechnung) gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO i.V.m. § 556 Abs. 3 S. 4 BGB vernichtet bzw. gelöscht.

Daten, Vermieteransprüche betreffend, vernichten bzw. löschen wir gemäß der gesetzlichen Verjährungsfrist nach §§ 195, 199 BGB nach 3 Jahren.

Bei Prüfungen nach dem Geldwäschegesetz werden die Aufzeichnungen und sonstigen Belege gemäß § 8 Abs. 4 GWG nach 5 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§ 257 HGB) unterliegen, wie Geschäftsbriefe, werden nach 6 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften der Abgabenordnung (§ 147 AO) unterliegen, wie Abrechnungen und Buchhaltungsunterlagen, werden nach 10 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Vorgänge mit vollstreckbaren Titeln bewahren wir mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung auf, sofern sich diese nicht vorher erledigt haben (z.B. durch Bezahlung).

4. Weitergabe von Daten

Teilweise ist es erforderlich, dass einige der oben genannten Daten für die oben bezeichneten Zwecke an folgende Empfänger weitergeleitet werden. Zu den Kategorien von Empfängern zählen:

- Messdienstunternehmen/Ablesedienste zwecks Ausstattung von Messgeräten und Ablesen, Abrechnen bestimmter Betriebs- und Heizkosten, Datenaustausch, Wartung und Reparaturen,
- Versorger/Netzbetreiber,
- Handwerker und Hausmeister zur Durchführung von erforderlichen Reparaturen oder vergleichbaren Maßnahmen,

- Architekten, Ingenieure, Planer zur Durchführung von erforderlichen Reparaturen oder vergleichbaren Maßnahmen, wie Anpassungen der Mietflächen,
- Dienstleister von Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen,
- andere Mietparteien im Objekt,
- Versicherungen für den Schadensfall,
- Banken,
- Anwaltskanzleien,
- Auskunftsteien,
- Wirtschaftsprüfungskanzleien,
- Gerichte,
- Behörden,
- Sicherheitsdienste.

Die Weitergabe an Behörden erfolgt aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen, beispielsweise an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (*Zentrale Meldestelle zur Verhinderung, Aufdeckung und Unterstützung bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung*).

Teilweise werden wir Daten, insbesondere Abrechnungsunterlagen, gegenüber anderen Mietern offenlegen, damit wir die Ansprüche anderer Mieter, bei Betriebs-/Nebenkostenabrechnungen, im Rahmen von Einsichts- und Prüfungsrechten in Originalunterlagen erfüllen können (§§ 535, 556, 259 BGB). Die Weitergabe an Anwaltskanzleien und Gerichte beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO, da wir ein berechtigtes Interesse an der Durchsetzung unserer Ansprüche bzw. Vertretung zur Anspruchsabwehr haben. Auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO übermitteln wir, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten an Auskunftsteien bzw. zur erneuten Einholung von Bonitätsauskünften. Unser Interesse liegt darin Forderungsausfälle und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden bzw. in der Prüfung der Zahlungsfähigkeit unserer Mieter. Die Beurteilung der Bonität kann bei Auskunftsteien auf der Basis von mathematisch-statistischen Analysen, sog. Scoring, durchgeführt werden.

Die Rechtsgrundlage für die Weitergabe an Sicherheitsdienste ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Unser berechtigtes Interesse besteht in der Sicherung unserer Gebäude.

Darüber hinaus erfolgt eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte nicht, es sei denn, dass Sie dieser ausdrücklich zugestimmt haben oder eine rechtliche Verpflichtung besteht.

E. Wohneigentumsverwaltung (WEG-Verwaltung)

Wir verarbeiten je nach Art der Anmietung (Gewerbe oder Wohnung) folgende personenbezogene Daten:

1. Kategorien

Name, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse (wenn vorhanden), Bankverbindung, Zeitpunkt der Aufnahme in die Eigentümergeinschaft, Eigentümerlisten,

alle für die Erstellung der Hausgeldabrechnung erforderlichen Daten, Protokolle der Eigentümerversammlungen, Umlaufbeschlüsse mit namentlichen Abstimmungsergebnissen.

2. Zweck und Rechtsgrundlage

Wir verarbeiten die folgenden Kategorien personenbezogener Daten zum Zwecke der Durchführung und Abwicklung des WEG-Verhältnisses, einschließlich der Bearbeitung Ihrer Anfragen, sowie aller sonstigen mit dem WEG-Verhältnis in Zusammenhang stehenden Sachverhalte. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. b) DSGVO.

Die Wahrung der rechtlichen Interessen der Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) wird auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO gestützt. Weiter unterliegen wir diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. Steuergesetze, Handelsgesetzbuch), die eine Verarbeitung Ihrer Daten zur Gesetzeserfüllung erforderlich machen. Beispielsweise befolgen wir gesetzliche Aufbewahrungsfristen, vgl. Speicherdauer.

3. Speicherdauer

Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Datensätze mit personenbezogenen Daten werden teilweise zu unterschiedlichen Zwecken, wie oben benannt, gespeichert. Je nach Zweck können unterschiedliche Aufbewahrungsfristen gelten. Soweit ein Zweck wegfällt, dürfen die Daten hierfür nicht mehr verarbeitet werden. Soweit diese Daten für einen weiteren Zweck zur Verfügung stehen müssen, werden die Daten bezüglich des weggefallenen Zwecks nicht mehr genutzt und gesperrt. Sie stehen dann nur noch für den zulässigen Zweck zur Verfügung.

SCHUFA-Anfragen werden gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 5 Abs. 2 DSGVO, 12 Monate nach Auskunftserteilung vernichtet bzw. gelöscht. Daten zur Erstellung der Betriebskostenabrechnung werden nach Ende der Widerspruchsfrist (12 Monate nach Zustellung der Abrechnung) gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO i.V.m. § 556 Abs. 3 S. 4 BGB vernichtet bzw. gelöscht.

Daten, Vermieteransprüche betreffend, vernichten bzw. löschen wir gemäß der gesetzlichen Verjährungsfrist nach §§ 195, 199 BGB nach 3 Jahren.

Bei Prüfungen nach dem Geldwäschegesetz werden die Aufzeichnungen und sonstigen Belege gemäß § 8 Abs. 4 GWG nach 5 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§ 257 HGB) unterliegen, wie Geschäftsbriefe, werden nach 6 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften der Abgabenordnung (§ 147 AO) unterliegen, wie Abrechnungen und Buchhaltungsunterlagen, werden nach 10 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Vorgänge mit vollstreckbaren Titeln bewahren wir mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung auf, sofern sich diese nicht vorher erledigt haben (z.B. durch Bezahlung).

4. Weitergabe von Daten

Teilweise ist es erforderlich, dass einige der oben genannten Daten für die oben bezeichneten Zwecke an folgende Empfänger weitergeleitet werden. Zu den Kategorien von Empfängern zählen:

- Messdienstunternehmen/Ablesedienste zwecks Ausstattung von Messgeräten und Ablesen, Abrechnen bestimmter Betriebs- und Heizkosten, Datenaustausch, Wartung und Reparaturen,
- Versorger/Netzbetreiber,
- Handwerker und Hausmeister zur Durchführung von erforderlichen Reparaturen oder vergleichbaren Maßnahmen,
- Architekten, Ingenieure, Planer zur Durchführung von erforderlichen Reparaturen oder vergleichbaren Maßnahmen, wie Anpassungen der Mietflächen,
- Dienstleister von Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen,
- andere WEG-Eigentümer und Mietparteien im Objekt,
- Versicherungen für den Schadensfall,
- Banken,
- Anwaltskanzleien,
- Auskunftsteien,
- Wirtschaftsprüfungskanzleien,
- Gerichte,
- Behörden,
- Sicherheitsdienste.

Die Weitergabe an Behörden erfolgt aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen, beispielsweise an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (*Zentrale Meldestelle zur Verhinderung, Aufdeckung und Unterstützung bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung*).

Teilweise werden wir Daten, insbesondere Abrechnungsunterlagen, gegenüber Mietern im Objekt offenlegen, damit wir die Ansprüche der Mieter, bei Betriebs-/Nebenkostenabrechnungen, im Rahmen von Einsichts- und Prüfungsrechten in Originalunterlagen erfüllen können (§§ 535, 556, 259 BGB). Die Weitergabe an Anwaltskanzleien und Gerichte beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO, da wir ein berechtigtes Interesse an der Durchsetzung unserer Ansprüche bzw. Vertretung zur Anspruchsabwehr haben. Auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO übermitteln wir, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten an Auskunftsteien bzw. zur erneuten Einholung von Bonitätsauskünften. Unser Interesse liegt darin Forderungsausfälle und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden bzw. in der Prüfung der Zahlungsfähigkeit der WEG-Eigentümer. Die Beurteilung der Bonität kann bei Auskunftsteien auf der Basis von mathematisch-statistischen Analysen, sog. Scoring, durchgeführt werden.

Die Rechtsgrundlage für die Weitergabe an Sicherheitsdienste ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO. Das berechtigte Interesse besteht in der Sicherung der Gebäude.

Darüber hinaus erfolgt eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte nicht, es sei denn, dass Sie dieser ausdrücklich zugestimmt haben oder eine rechtliche Verpflichtung besteht.

F. Genossenschaftsmitgliedschaft

Wir verarbeiten bzgl. einer Mitgliedschaft bei der Wohnungsbaugenossenschaft Ilmenau e.G. folgende personenbezogene Daten:

1. Kategorien:

Mitgliedsdaten

(Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Mitgliedsnummer, Eintrittsdatum, Mitgliedsbeitrag, Daten des Austritts, Bankdaten)

2. Zweck und Rechtsgrundlage:

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der Anbahnung aufgrund des Mitgliedschaftsantrages und Durchführung der Mitgliedschaft bei Genossenschaften gemäß Satzung, um die Mitgliederliste zu führen (Mitgliederverwaltung), zur Einladung zu Genossenschaftsversammlung und Fassung von Beschlüssen, zur Erhebung und Verwaltung der Genossenschaftsbeiträge, zur Ausschüttung der Dividende. Rechtsgrundlage bildet die Genossenschaftssatzung, Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Im Rahmen der Dividendenausschüttung erfolgt die Abfrage zum Kirchensteuerabzugsverfahren (KiStAM) und Meldung nach § 45d EStG, Ausstellung von Freistellungsaufträgen und Nichtveranlagungsbescheinigungen. Rechtsgrundlage bildet hier Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. Genossenschaftsgesetz, Einkommensteuergesetz. Weiter unterliegen wir diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. Steuergesetze, Handelsgesetzbuch), die eine Verarbeitung Ihrer Daten zur Gesetzeserfüllung erforderlich machen. Beispielsweise befolgen wir gesetzliche Aufbewahrungsfristen, vgl. Speicherdauer.

3. Speicherdauer:

Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Datensätze mit personenbezogenen Daten werden teilweise zu unterschiedlichen Zwecken, wie oben benannt, gespeichert. Je nach Zweck können unterschiedliche Aufbewahrungsfristen gelten. Soweit ein Zweck wegfällt, dürfen die Daten hierfür nicht mehr verarbeitet werden. Soweit diese Daten für einen weiteren Zweck zur Verfügung stehen müssen, werden die Daten bezüglich des weggefallenen Zwecks nicht mehr genutzt und gesperrt. Sie stehen dann nur noch für den zulässigen Zweck zur Verfügung.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§ 257 HGB) unterliegen, wie Geschäftsbriefe, werden nach 6 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Personenbezogene Daten, die den Vorschriften der Abgabenordnung (§ 147 AO) unterliegen, wie Abrechnungen und Buchhaltungsunterlagen, werden nach 10 Jahren vernichtet bzw. gelöscht.

Vorgänge mit vollstreckbaren Titeln bewahren wir mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung auf, sofern sich diese nicht vorher erledigt haben (z.B. durch Bezahlung).

Mitgliedsunterlagen werden 30 Jahre nach Beendigung der Mitgliedschaft vernichtet.

4. Weitergabe von Daten

Teilweise ist es erforderlich, dass einige der oben genannten Daten für die oben bezeichneten Zwecke an folgende Empfänger weitergeleitet werden. Zu den Kategorien von Empfängern zählen:

- Banken,
- Anwaltskanzleien,
- Auskunftsteien,
- Wirtschaftsprüfungskanzleien,
- Gerichte,
- Behörden,
- Job Center.

Die Weitergabe an Anwaltskanzleien und Gerichte beruht auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO, da wir ein berechtigtes Interesse an der Durchsetzung unserer Ansprüche bzw. Vertretung zur Anspruchsabwehr haben. Auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO übermitteln wir, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten an Auskunftsteien bzw. zur erneuten Einholung von Bonitätsauskünften. Unser Interesse liegt darin Forderungsausfälle und Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden bzw. in der Prüfung der Zahlungsfähigkeit unserer Mitglieder. Die Beurteilung der Bonität kann bei Auskunftsteien auf der Basis von mathematisch-statistischen Analysen, sog. Scoring, durchgeführt werden.

Darüber hinaus erfolgt eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte nicht, es sei denn, dass Sie dieser ausdrücklich zugestimmt haben oder eine rechtliche Verpflichtung besteht.

G. Auftragsdatenverarbeitung

Teilweise bedienen wir uns zur Verarbeitung Ihrer Daten externer Dienstleister im Rahmen einer Auftragsverarbeitung. Diese wurden von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt, sind an unsere Weisungen gebunden und werden regelmäßig kontrolliert. Auftragsverarbeiter dürfen folglich Ihre personenbezogenen Daten nur in der Weise verarbeiten, wie wir sie explizit angewiesen haben. Sie halten auch vereinbarte technische und organisatorische Maßnahmen vor, um Ihre Daten sicher zu verarbeiten.

H. Datenübermittlung in Drittstaaten

Eine Datenverarbeitung außerhalb der EU findet nicht statt.

I. Betroffenenrechte

Bei Fragen oder Beschwerden zum Datenschutz können Sie sich an unser Unternehmen wenden. Die Erreichbarkeiten finden Sie auf der Seite 1 dieser Datenschutz-Hinweise.

Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie auch folgende Rechte:

- Sie können von uns eine Bestätigung darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten über Sie verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie gemäß Art. 15 DSGVO das Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und die in Art. 15 DSGVO aufgeführten Informationen, wie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Firmensitzes wenden. Die zuständige Behörde in Thüringen erreichen Sie, wie folgt:

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit
Dr. Lutz Hasse
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

Telefon: +49 361 5731129-00, Telefax: +49 361 5731129-04
E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Zusätzlich hierzu steht Ihnen das Recht zu, der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen jederzeit zu widersprechen, sofern wir Ihre personenbezogenen Daten zur Verfolgung berechtigter Interessen verarbeiten und Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Bei weiteren Fragen zur Datenverarbeitung oder zum Datenschutz steht Ihnen unser Datenschutzbeauftragter (*Kontaktdaten vgl. Punkt A.4.*) zur Verfügung.

J. Bereitstellung personenbezogener Daten

Im Rahmen unserer Vertragsbeziehung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten (vgl. Kategorien personenbezogener Daten) bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung der Vertragsbeziehung und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen.

K. Datenquellen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Vertrags(-anbahnungs-)beziehung von Ihnen erhalten. Wir verarbeiten auch personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen z.B. aus Schuldnerverzeichnissen, Handelsregistern, der Presse und dem Internet zulässigerweise gewinnen dürfen. Außerdem nutzen wir personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Dritten z.B. Auskunftseien erhalten.

L. Automatische Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung (§ 13 Abs. 2 lit. f) DSGVO) erfolgt nicht.

M. Änderungsklausel

Da unsere Datenverarbeitung Änderungen unterliegt, werden wir auch unsere Datenschutz-Hinweise von Zeit zu Zeit anpassen. Wir werden Sie über Änderungen rechtzeitig informieren.